

NIEDERSCHRIFT

über die **11.** Sitzung
des Kreisausschusses
(XV. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **12.01.2011**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:05 Uhr
Ende der Sitzung: 16:55 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Gert Ammermann
3. Frau Irmintrud Berger ab 15.10 Uhr
4. Herr Karl-Heinz Ehms
5. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
6. Herr Franz-Josef Radmacher
7. Herr Dieter Welsink
8. Herr Dr. Christian Will

• SPD-Fraktion

9. Herr Horst Fischer
10. Herr Stephan Ingenhoven
11. Herr Dieter Jüngerkes
12. Herr Rainer Thiel

• FDP-Fraktion

13. Herr Walter Boestfleisch

14. Herr Dr. Bijan Djir-Sarai MdB

• **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

15. Herr Erhard Demmer

16. Frau Susanne Stephan-Gellrich

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

17. Herr Jürgen Güsgen

• **Verwaltung**

18. Herr Dezernent Ingolf Graul

19. Herr Günter Hassels

20. Herr Dezernent Karsten Mankowsky

21. Frau Ulrike Holz

22. Herr Reinhold Jung

23. Herr Dezernent Tillmann Lonnes

24. Herr Dezernent Nicolas March

25. Herr Martin Stiller

• **Schriftführerin**

26. Frau Annika Böhm

INHALTSVERZEICHNIS

| <u>Punkt</u> | <u>Inhalt</u> | <u>Seite</u> |
|--------------|---------------|--------------|
|--------------|---------------|--------------|

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Kreisausschuss beschlussfähig ist. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

| | |
|---------------------|---|
| Zu Top 7 Anträge | Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP zum Thema „Therapie-Klinik Neuss“ vom 07.01.2010 |
|---------------------|---|

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 25.11.2010

KA/20110112/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigte einstimmig die Beschlüsse des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 25.11.2010 und erhob sie zu seinen Beschlüssen.

3. Bericht zur Braunkohlenplanung Berichtszeitraum November/Dezember 2010 Vorlage: 61/0876/XV/2010

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink zeigte sich erfreut über die Beteiligung der Stadtwerke Neuss und des Forschungszentrums Jülich. Das Energielabor sei ein wichtiges Thema.

Die Kreistagsabgeordneten seien zum Spatenstich am 22.01.2011 eingeladen, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke.

KA/20110112/Ö3

Beschluss:

Der Kreisausschuss nahm den Bericht zur Braunkohlenplanung Stand November/Dezember 2010 zur Kenntnis.

**4. Bericht zur Regionalarbeit
Berichtszeitraum November / Dezember 2010
Vorlage: 61/0877/XV/2010**

Protokoll:

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Dieter Welsink zum Thema einheitlicher Ansprechpartner erklärte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass sich bislang nur wenige an der zentralen Anlaufstelle gemeldet hätten. Man werde dies zunächst beobachten.

Mit einer zeitnahen Umsetzung der Baumaßnahmen sei nur bei den Rängen 1-5 zu rechnen erklärte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Horst Fischer. Er wies ferner darauf hin, dass die Prioritätenliste jedes Jahr neu erstellt werde.

Unter Bezugnahme auf die Resolution des Regionalrates vom 16.12.2010 betonte Kreistagsabgeordneter Horst Fischer, dass nicht hingenommen werden könne, dass wichtige Maßnahmen für die Region abgelehnt oder auf unbegrenzte Zeit verschoben werden.

Auch Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink forderte die Verwaltung auf, sich für den Ausbau des Schienenverkehrs einzusetzen.

Nach Auffassung von Kreistagsabgeordneten Rainer Thiel sei es nicht richtig, dass aufgrund von Stuttgart 21 in unsere Region Investitionsmittel eingespart werden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke betonte, dass man auf allen Ebenen an dem Thema arbeite. Er machte aber auch darauf aufmerksam, dass ein Ausbau des Schienennetzes auch immer mit Problemen verbunden sei. Ergänzend wies er darauf hin, dass Stuttgart 21 überwiegend aus Landesmitteln finanziert werde.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Rainer Thiel erklärte Martin Stiller, dass der Rhein-Kreis Neuss nicht an dem Fachforum :Innovation beteiligt sei, da zum damaligen Zeitpunkt noch keine Kontakt zur Region Köln/Bonn bestanden habe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke ergänzte, dass man dabei sei, sich stärker einzubinden.

KA/20110112/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss nahm den Bericht zur Regionalarbeit Stand November/Dezember 2010 zur Kenntnis.

5. SGB II Kosten der Unterkunft Vorlage: 50/0873/XV/2010

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass die Zahl bei den Kosten der Unterkunft für Dezember 2010 wegen eines Softwarefehlers korrigiert werden müsse. Sie betrage nunmehr 6.285.757 Euro. Zusammenfassen stellte er fest, dass man rund 500.000 Euro netto weniger verausgabt hätte, als ursprünglich veranschlagt war; insgesamt jedoch rund 3 Mio. Euro mehr als in 2009. Für 2010 könne man jedoch fast von einer Punktlandung sprechen (99,12%).

Im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen teilte er mit, dass man für die Jahre 2007-2009 eine Wohngelderstattung in Höhe von rund 12 Mio. Euro und für 2010 2,4 Mio. Euro mehr als erwartet erhalten habe. 50% davon (ca. 7 Mio. Euro) werde man den Städten und Gemeinden im Rahmen der Endabrechnung zurückerstatten. Er wies jedoch auch darauf hin, dass die Beträge noch nicht endgültig seien und es durch die Umverteilung auch Gebietskörperschaften gebe, die durch die Neuregelungen benachteiligt werden.

Außerdem sei durch reduzierte Umlagegrundlagen mit einer um rund 7,6 Mio. Euro geringeren Kreisumlage zu rechnen. Durch unerwartete Begünstigungen bei den Schlüsselzuweisungen (25 Mio. Euro anstatt 15 Mio. Euro) sei jedoch insgesamt, mit 3 Mio. Euro mehr Einnahmen als geplant zu rechnen. Er betonte allerdings, dass es sich hierbei lediglich um eine Proberechnung handle, da das GFG erst im Juni verabschiedet werde. Trotz weiterer Unwägbarkeiten (Landschaftsumlage, Warmwasserkosten bei Hartz IV), werde man versuchen, bis Ende des Monats eine Veränderungsliste zu erstellen.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Dr. Gert Ammermann erklärte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass er sich vor der Haushaltsverabschiedung noch einmal mit den Bürgermeistern treffen werde. Die Kämmerer hätten schon getagt.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erinnerte an den Antrag seiner Fraktion, die Rückerstattung des Wohngeldes zu Gunsten der Städte und Gemeinden zu verwenden.

Die Bundesbeteiligung bei den Kosten der Unterkunft solle sich nach dem Entwurf auf 24,5% in 2011 erhöhen, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Susanne Stephan-Gellrich. Bezüglich des Wohngeldes sei es richtig, dass man mit einer derartigen Rückerstattung nicht gerechnet habe. Insgesamt habe sich das geplante Defizit für 2011 dadurch um 3 Mio. Euro (auf 25 Mio. Euro) reduziert.

Kreiskämmerer Ingolf Graul ergänzte, dass die Bundeserstattung bei Hartz IV laut Deutschem Landkreistag bei 36% liegen müsse.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer stellte fest, dass es richtig sei, dass auch die soziale Belastung berücksichtigt werde. Mittelkürzungen seien unproduktiv.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke betonte, dass oberstes Ziel die Senkung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften sein müsse. Deswegen wolle man die Option.

1. stv. Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose empfahl, wohlwollend abzuwarten. Man müsse sich vielmehr mit der Frage beschäftigen, worauf die konstante Zahl der Bedarfsgemeinschaften beruhe. Wissenschaftliche Studien hätten gezeigt, dass dies an den Lebensgewohnheiten (z.B. Scheidungen) läge, auf die man keinen Einfluss habe.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer zeigte sich erschrocken über die Unwissenheit einiger Ratsmitglieder in den Städten und Gemeinden zu den Finanzen des Kreises.

Dem stimmten auch Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann und 3. stv. Landrat Dr. Bijan Djir-Sarai zu.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann gab jedoch auch zu bedenken, dass einige Mechanismen des GFG schwer zu erklären seien. Für die Ratsmitglieder sei oft nur das Ergebnis entscheidend. Einige würden aber auch nicht verstehen wollen.

3. stv. Landrat Dr. Bijan Djir-Sarai betonte, dass man als Kreistagsabgeordneter selbstbewusst gegenüber anderen Ebenen auftreten solle. Er sei außerdem der Überzeugung, dass die Verwaltungen vor Ort sehr gut darüber informiert seien, wie sich der Haushalt des Kreises zusammensetze.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke machte ergänzend darauf aufmerksam, dass 88,8 % der Mittel der Kreise durch gesetzliche Aufgaben gebunden seien.

Kreistagsabgeordneter Jürgen Güssen bat darum, allen Fraktionen mehr Informationen zur Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaften zur Verfügung zu stellen. Auch fragte er nach einer Einschätzung, hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Kosten der Unterkunft. Er wies ferner darauf hin, dass es auch nicht immer einfach sei, den Kreis im Kommunalbereich zu vertreten.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass nach den Orientierungsdaten mit einer Steigerung beim Istwert der Kosten der Unterkunft von 3,5 % zu rechnen ist.

Beschluss:

6. Dringlichkeitsbeschluss: Satzung des Rhein-Kreises Neuss über die Förderung der Kindertageseinrichtungen Vorlage: 51/0891/XV/2010

KA/20110112/Ö6

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschloss einstimmig im Wege der Dringlichkeit die Satzung des Jugendamtes des Rhein-Kreises Neuss über die Förderung der Kindertageseinrichtungen.

7. Anträge

7.1. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU- und FDP zum Thema "Therapie-Klinik Neuss" vom 07.01.2010

Vorlage: 010/0917/XV/2011

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass er zu dem Thema sowohl im öffentlichen als auch im nichtöffentlichen Teil Stellung nehmen werde. Er erklärte, dass aufgrund der Entscheidung des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein neues Gesetz verabschiedet worden sei, dass eine Unterbringungsmöglichkeit für diejenigen Straftäter schaffen soll, die weiterhin als gefährlich einzustufen sind. Die Länder seien nunmehr für die Suche geeigneter Einrichtungen zuständig. Nachdem er am 28.12.2010 von der Landesdirektorin informiert worden sei, dass auch eine Einrichtung in Neuss in Betracht komme, habe er umgehend den Bürgermeister der Stadt Neuss darüber in Kenntnis gesetzt. Der Kreis habe von Anfang an die Meinung vertreten, dass dringend eine solche Einrichtung benötigt werde, das Gebäude an der Grünstraße jedoch nicht geeignet erscheine. Dies wurde letztendlich auch von der Gesundheitsministerin bestätigt.

Die Kreistagsabgeordneten Dieter Welsink und Erhard Demmer lobten das Vorgehen der Verwaltung bei diesem schweren Thema. Alle seien mit der gebotenen Sachlichkeit informiert worden. Dieser Stil sollte beibehalten werden.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel kritisierte, dass die öffentliche Debatte den Eindruck erweckt habe, dass eine neue Gefahrenlage geschaffen und nicht die bestehende Sicherheitslage verbessert werde. Auch er begrüßte daher das zurückhaltende Vorgehen der Kreisverwaltung mit der darin zum Ausdruck kommenden und gebotenen Zurückhaltung.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Dr. Gert Ammermann erklärte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass man sich in Abstimmung mit der Kreispolizeibehörde, dem Ordnungsamt und eventuell dem Gesundheitsamt damit auseinandersetzen werden, wie das Verfahren zukünftig durchzuführen sei. Er wies jedoch darauf hin, dass man derzeit mit keiner Entlassung eines Straftäters in das Kreisgebiet rechne.

1. stv. Landrat Hans-Ulrich Klose betonte, dass das Gebäude an der Grünstraße nicht dem therapeutischen Zweck einer solchen Einrichtung diene. Seitens des Kreises sei wichtig gewesen, einen klaren Standpunkt zu beziehen und diese Linie sachgerecht zu verfolgen.

8. Mitteilungen

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass man zur Vermeidung weiterer Rechtsstreitigkeiten vereinbart habe, dass die Stadt Korschenbroich im Jahr 2011 das Papier noch durch die Firma Schönemarkers verwerten lassen könne.

9. Anfragen

9.1. Zustand der Kreisstraßen

Protokoll:

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Dr. Christian Will bestätigte Dezernent Nicolas March, dass das Straßennetz durch den harten Winter in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Die Ausgaben für die Reparaturen und den Winterdienst würden daher deutlich steigen. Genaueres könne jedoch erst im Februar/März gesagt werden, wenn der Winter vorbei ist.

Kreiskämmerer Ingolf Graul ergänzte, dass zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung das Wetter nicht voraussehbar gewesen sei. Die Planung sei daher auf Grundlage der letzten Jahre erfolgt. Diese müsse man gegebenenfalls anpassen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 16:25 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke
Vorsitz

Annika Böhm
Schriftführung